



An die Mitglieder  
des Haushaltsausschusses  
Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Berlin, 24. Juni 2011

**Änderung des Gesetzes zum Sondervermögen „Energie- und Klimafonds“:  
Deutschland muss Zusagen zur internationalen Klimafinanzierung einhalten!**

Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

wir begrüßen sehr nachdrücklich die Einrichtung des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“, in den ab 2013 vollständig die Erlöse aus der Versteigerung der Emissionszertifikate zur Finanzierung nationaler und internationaler klimarelevanter Ausgaben fließen sollen. Innerhalb der EU ist dieser Schritt richtungweisend.

Besorgniserregend wäre es allerdings, wenn im Zuge der nationalen Energiewende die internationalen Verpflichtungen Deutschlands aus dem Blick geraten würden. Mit den Beschlüssen der UN-Klimagipfel in Kopenhagen und Cancún muss Deutschland seinen verbindlichen Beitrag leisten, um gemeinsam mit den anderen Industriestaaten finanzielle Mittel für die Unterstützung von Klima- und Waldschutz sowie Anpassung an den Klimawandel in den Entwicklungsländern zu mobilisieren, die bis 2020 auf jährlich 100 Milliarden US-Dollar anwachsen sollen. Diese Zusage gilt es, nun auch tatsächlich schrittweise zu erfüllen um das Vertrauen der Entwicklungs- und Schwellenländer wieder zu gewinnen.

Deshalb bitten wir Sie, sich bei den anstehenden Beratungen zur Änderung des Gesetzes zum Sondervermögen „**Energie- und Klimafonds**“ und der Erstellung des dazu gehörigen Wirtschaftsplans sowie bei den folgenden **Haushaltsberatungen** für folgende Punkte einzusetzen:

- Die Mittel des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ dürfen im Bereich des internationalen Klima- und Umweltschutzes nur für zusätzliche Maßnahmen eingesetzt werden (§ 2 EKFG). Bestehende klimarelevante Mittel in den Einzelplänen 16 und 23 müssen in vollem Umfang erhalten bleiben. Dies gilt z.B. für die **Internationale Klimaschutzinitiative (IKI)** im Einzelplan 16 (Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit) in Höhe von jährlich 120 Mio. Euro, die mittel- und langfristig weiter ausgebaut werden sollte, weil es sich um ein in der Praxis bewährtes und international stark nachgefragtes Instrument handelt.
- Für eine schrittweise angestrebte Erfüllung der Zusagen von Kopenhagen und Cancún ist eine **ausgewogene Mittelverwendung** zwischen nationalen und internationalen Klimamaßnahmen nötig. Das bedeutet aus unserer Sicht, dass von den Einnahmen aus den Emissionshandelserlösen **mindestens 30 Prozent für die internationale Klimafinanzierung** reserviert werden müssen. Bis 2020 sollte der Anteil für die internationale Klimafinanzierung auf 50 Prozent anwachsen.
- In einem ersten Schritt müssen nun die **gesperrten Mittel** im Rahmen von **Verpflichtungsermächtigungen von 2012 bis 2017 in Höhe von 950 Mio. Euro** für internationalen Klima- und Umweltschutz **schnellstmöglich freigegeben werden**. Diese Mittel werden dringend gebraucht, um Ansätze wie z.B. die Deutsche Klimaschutztechnologie-Initiative (DKTI) zu finanzieren. Darüber hinaus werden die Mittel dringend zur Finanzierung von Maßnahmen in den Bereichen Biodiversität, Waldschutz und Anpassung benötigt. Den Sperrvermerk aufzuheben, wäre auch ein wichtiges Signal für die kommenden UN-Klimaverhandlungen in Durban, wo die Frage der langfristigen Klimafinanzierung auf der Tagesordnung steht.
- Kompensationszahlungen an die energieintensive Industrie sowie die Unterstützung der Einführung der Elektromobilität sind **industriepolitische Maßnahmen**, die – soweit überhaupt erforderlich - aus dem Haushalt finanziert werden müssen.

Bitte bedenken Sie, dass viele Entwicklungsländer aktiv zu den konstruktiven Ergebnissen des Klimagipfels von Cancún beigetragen und eine Vielzahl an nationalen Strategien zur Bewältigung des Klimawandels sowie konkrete Maßnahmen zur Verringerung ihrer Treibhausgasemissionen, beim Walderhalt und bei der Anpassung an den Klimawandel entwickelt haben. Um diese Maßnahmen umzusetzen, benötigen diese Länder jetzt dringend die zugesagte finanzielle Unterstützung.

Deutschland hat traditionell eine Führungsrolle im internationalen Klimaschutz eingenommen. Die deutsche Energiestrategie kann zu einem weltweiten Vorbild werden. Aber die Glaubwürdigkeit Deutschlands und anderer Industrieländer im internationalen Klimaschutz steht auf dem Spiel, weil sie von Seiten der Entwicklungs- und Schwellenländer nicht nur an nationalen Klimaschutzmaßnahmen, sondern auch an der Einhaltung finanzieller Zusagen gemessen werden.

Deutliche Fortschritte beim deutschen Beitrag zur internationalen Klimafinanzierung können dazu dienen, eine klimapolitische Aufwärtsspirale zu unterstützen und strategische Koalitionen mit progressiven Entwicklungs- und Schwellenländern zu befördern. Deshalb muss Deutschland seiner internationalen Verantwortung und Verpflichtung auch hinsichtlich einer ausgewogenen und verlässlichen Klimafinanzierung gerecht werden.

Gerne stehen wir Ihnen für Nachfragen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen



**Christoph Bals**  
Politischer Geschäftsführer  
Germanwatch  
Kaiserstraße 201  
53113 Bonn  
Tel.: 0228-60492-16  
Fax: 0228-60492-19



**Prof. Josef Sayer**  
Hauptgeschäftsführer  
MISEREOR  
Mozartstraße 9  
52064 Aachen  
Tel.: 0241-442-0  
Fax: 0241-442-188



**Leif Miller**  
Bundesgeschäftsführer  
Naturschutzbund Deutschland  
Charitéstr. 3  
10117 Berlin  
Tel.: 030-284984-1110  
Fax: 030-284984-2110



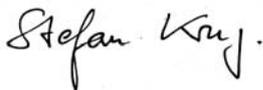
**Paul Bendix**  
Geschäftsführer  
Oxfam Deutschland  
Greifswalder Str. 33a  
10405 Berlin  
Tel.: 030-453069-0  
Fax: 030-453069-39



**Dr. Klaus Seitz**  
Leiter Politik und Kampagnen  
Brot für die Welt  
Staffenbergstraße 76  
70184 Stuttgart  
Tel.: 0711-2159-283  
Fax: 0711-2159-161



**Sascha Müller-Kraenner**  
Geschäftsführer  
The Nature Conservancy in Europe  
Charitéstr. 3  
10117 Berlin  
Tel. 030-284938-611  
Fax: 030-284938-615



**Stefan Krug**  
Leiter der Politischen Vertretung  
Greenpeace Deutschland  
Marienstraße 19-20  
10117 Berlin  
Tel.: 030-308899-20  
Fax: 030-308899-30



**Olaf Bandt**  
Direktor Politik & Kommunikation  
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland, Am Köllnischen Park 1  
10179 Berlin  
Tel.: 030-27586-438  
Fax: 030-27586-460



**Dr. Katharina Reuter**  
Leiterin der Geschäftsstelle  
Die Klima-Allianz  
Marienstr. 19-20  
10117 Berlin  
Tel.: 030-6781775-72  
Fax: 030-6781775-80



**Regine Günther**  
Leiterin Energie- und Klimapolitik  
WWF Deutschland  
Reinhardtstrasse 14  
10117 Berlin  
Tel.: 030-311777-223  
Fax: 030 311777-603